

Grüne im Landtag: Bilanz 2005-2009

Abgelehnt



Jean-Marc Strydom/fotolia.com

Naturschutz

Die Landesregierung macht Sense mit dem Naturschutz: Die Kormoranverordnung, die Aufhebung des Knickerlasses, die Novelle des Landesnaturschutzgesetzes, der Abschied vom flächenhaften Gewässerschutz, das tatenlose Zusehen beim Grünlandumbruch und die weitere Intensivierung in der Landwirtschaft – mit all diesen Maßnahmen zerstört diese Regierung die Grundlagen der biologischen Vielfalt. Unsere parlamentarischen Bemühungen, den Naturschutz zu verbessern, waren leider vergeblich.

Abgelehnt

Keine Gentechnik

Die Große Koalition führt nach wie vor ein gentechnisches Versteckspiel: Illegales, gentechnisch verändertes Saatgut wurde ausgesät, ohne dass die Folgen für die konventionelle Landwirtschaft abgeschätzt werden können. Unseren Antrag, die Flächen öffentlich bekannt zu machen, hat die Landesregierung abgelehnt.

Durchgesetzt

Nichtraucherschutz

Unsere Initiative, ein Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden und in Gaststätten einzuführen, wurde nach langem Zögern akzeptiert. Die vielen Ausnahmen im Gesetz machen es allerdings löchrig wie einen Schweizer Käse.

Abgelehnt

Tempolimit

Weltweit steht Deutschland mit dem unbeschränkten Rasen praktisch allein da. Dabei gibt es sehr gute Gründe, die für ein Tempolimit von 120 auf Autobahnen sprechen: Weniger klimaschädliches Kohlendioxid, weniger Staus, weniger Verkehrsunfälle. Darum ist es unverständlich, dass unsere Initiative „Gas geben beim Tempolimit“ keine Mehrheit fand.

Durchgesetzt

Kein Waldverkauf

Ein großer Etappensieg war der aufgrund landesweiter Proteste gestoppte Verkauf des Landeswaldes. Von großer Bedeutung hierfür war die vom Grünen Landesvorstand initiierte Volksinitiative, für die unsere Ortsverbände innerhalb weniger Wochen mehrere tausend Unterschriften gesammelt haben. Wir setzen uns nach wie vor gegen den stückweisen Verkauf des Landeswaldes und den Abbau der Gemeinwohlbelange ein. Ein generelles Wegegebot, wie jetzt von der Landesregierung gefordert, lehnen wir ab.

Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
0431 988-1500; fraktion@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de -> Themen
Redaktion + Gestaltung: Dr. Jörg Nickel, Bettina Aust

Durchgesetzt

Kostenloses Kitajahr

Die familienfreundlichen Äußerungen der großen Koalition erwiesen sich in der Vergangenheit nur zu oft als bloße Lippenbekenntnisse. Nun ist uns endlich der Durchbruch gelungen: Die Fraktionen des Landtags beschlossen auf unseren Antrag „Gemeinsam gegen Kinderarmut“ hin, das letzte Kindergartenjahr kostenlos zu machen.

Durchgesetzt

„Kein Kind ohne Mahlzeit“

Unsere Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“ und eine landesweite Kampagne zur gesunden Ernährung in Kitas und Schulen führten zum Erfolg: Die Landesregierung hat einen Sozialfonds für das Essen in den Kitas eingerichtet.



Ramona Helm/fotolia.com

Durchgesetzt

5 Prozent-Hürde

Nach der Ablehnung unserer Anträge im Landtag hatte die Klage der Grünen beim Bundesverfassungsgericht schließlich Erfolg: Der Landtag musste die 5 Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen abschaffen. Gewonnen hat damit die Demokratie.

Durchgesetzt

Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen

Unsere Forderungen mündeten in ein Kinderschutzgesetz, das Vorsorgeuntersuchungen verbindlicher macht.

Kinderrechte in die Verfassung

Zum wiederholten Male haben wir 2007 im Landtag gefordert, die Kinderrechte in unserer Landesverfassung zu verankern. Diesmal ist dem endlich zugestimmt worden.

Abgelehnt

Für eine Schulreform aus einem Guss

Wir unterstützen die Gemeinschaftsschule, haben aber eine Vielzahl von Anträgen gestellt, damit die Schulreform ein Erfolg werden kann: Für mehr Autonomie und Elternrechte, für eine Reform der Lehrerbildung, für bessere Rahmenbedingungen für Schulen und LehrerInnen und für eine sinnvolle Oberstufenreform. Die Mehrzahl unserer Anträge scheiterte leider an der Uneinigkeit in der großen Koalition.



Verschleppt

Mindestlohn

Wer in Vollzeit arbeitet, muss auch davon leben können. Aus diesem Grund fordern wir die Einführung einer Mindestlohnregelung. Unser Antrag schmort seit zwei Jahren im Ausschuss, weil sich die große Koalition nicht einigen konnte.



Durchgesetzt

Keine Schülerbeförderungskosten

CDU und SPD haben unseren Antrag, die zusätzlichen Belastungen der Eltern durch Schülerbeförderungskosten zurückzunehmen, zunächst abgelehnt. Erst nach massivem Protest der Bevölkerung sind sie zurückgerudert. Der Schulbus muss kostenlos bleiben!

Abgelehnt

Berufsausbildung für alle

15 Prozent aller Jugendlichen in Deutschland haben bis zu ihrem 30. Lebensjahr noch keine Ausbildung, bei ausländischen Jugendlichen liegt der Prozentsatz sogar bei erschreckenden 75 Prozent. Jeder Jugendliche in Deutschland muss eine Berufsausbildung bekommen, hierfür kämpfen wir. Unser Antrag fand allerdings keine Mehrheit.

Abgelehnt

Die Hälfte der Macht den Frauen

Die Quote ist ein notwendiges Instrument der Demokratie. Unser Gesetzesentwurf, den Anteil der Frauen auf den Landeswahllisten aller Parteien auf 50 Prozent zu erhöhen, fand keine Mehrheit. Ebenso abgelehnt wurde unsere Forderung, die Posten in Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen nach norwegischem Vorbild mit mindestens 40 Prozent Frauen zu besetzen.

Durchgesetzt

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

Auf Initiative der Opposition hat das Parlament einen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank eingesetzt: Wie konnte es dazu kommen, dass Schleswig-Holstein Milliardenbeträge zur Rettung dieser Bank einsetzen musste? Hat der Aufsichtsrat versagt? Und warum wurde Bankchef Nonnenmacher auch noch ein Bonus von 2,9 Millionen Euro zugesagt? Das wollen wir aufklären.

Abgelehnt

Hartz IV

Alle Vorschläge zur Nachsteuerung beim Arbeitslosengeld II wurden blockiert. „Hilfen aus einer Hand durch die Kommunen“, „Anhebung der Hartz IV-Regelsätze“, „Neuregelung von Kindergeldzuschlag und Wohngeld“, „Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften“ – kein einziger Grüner Vorschlag fand eine Mehrheit. Trotzdem behaupten alle Parteien, dass sie Armut bekämpfen wollen.

Verschleppt

Verwaltungsreform

Unser Grünes Konzept einer Verwaltungsreform, gegen das die CDU 2005 noch vehement Wahlkampf geführt hatte, wurde durch die von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten bestätigt: Bis zu 100 Millionen Euro könnten jährlich eingespart – und in Kindergärten und Bildung investiert werden. Nun wurde jedoch die Reform auf 2013 vertagt. Wer glaubte, dass große Koalitionen Mut für große Lösungen hätten, sieht sich getäuscht.

Abgelehnt

Klimaschutz: Energiewende statt Kohlekraftwerke

Einer unserer Schwerpunkte waren Anträge für eine ökologische Klimawende – weg von fossilen Energieträgern der Vergangenheit – hin zu den ökologischen, erneuerbaren Energien von morgen. Wir haben eine Vielzahl konkreter Vorschläge in den Landtag eingebracht, die samt und sonders abgelehnt wurden. Statt dessen wurden mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP Grundstücke für Kohlekraftwerke bereitgestellt. Diese Landesregierung tut nichts für den Klimaschutz. Devise: „Grün reden – schwarz regieren“.

Abgelehnt

Verbandsklagerecht Tierschutz

Der Tierschutz steht zwar unter dem Schutz des Grundgesetzes, dies nützt den Tieren aber wenig, wenn niemand ihre Interessen vor Gericht vertreten kann. Das von uns eingebrachte „Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände“ hätte den Verbänden ermöglicht, gegen Verstöße zu klagen. CDU und SPD haben den Antrag abgelehnt.



Ericssellee/fotolia.com

Metroexpress

Der Metroexpress ist das bedeutendste wirtschafts- und verkehrspolitische Schienenprojekt für den Norden. Schleswig-Holstein braucht diese Verbindung von Kiel über Neumünster bis zum Hamburger Flughafen und Hauptbahnhof. Trotzdem setzt die große Koalition das Signal nicht auf „Grün“.

Abgelehnt

Abgelehnt

Keine Fehmarn-Belt-Querung

Diese Brücke ist so sinnvoll wie ein Transrapid. Das Projekt verschlingt sämtliche Verkehrsinvestitionsmittel für die nächsten fünf Jahre, die dringend für den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel benötigt werden. Die Landesregierung beharrt jedoch auf diesem Bauwerk.